

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

34. Jahrgang / 236

10. Dezember 1979

Hans-Jochen Vogel MdB, Bundesjustizminister und Mitglied des SPD-Vorstandes, hält Rückschau auf den Berliner SPD-Parteitag: Orientierung und Ermutigung.  
Seite 1/2

Orientierung und Ermutigung

Zum Berliner Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Willy Brandt MdB/MdEP, SPD-Vorsitzender, würdigt Jockel Fuchs zu dessen 60. Geburtstag: Mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit.  
Seite 3

Der Parteitag von Berlin, der am vergangenen Freitag zu Ende ging, wird in der Reihe der sozialdemokratischen Parteitage seinen eigenen Rang behaupten. Er hat zu zwei zentralen Bereichen, nämlich zur Frage der Friedenssicherung und zur Frage der Energieversorgung wegweisende Entscheidungen getroffen, er hat in einem dritten Bereich, nämlich der sozialen Sicherung der Frau den Entscheidungsprozeß in Gang gesetzt und er hat bei der Neuwahl des Vorstandes für die Frauen in der Partei einen großen Fortschritt gebracht.

Helga Timm MdB sieht große Aufgaben für die Frauen im SPD-Vorstand: Sieben auf einen Streich.  
Seite 4

Der sachliche Inhalt der Beschlüsse wird noch gesondert zu betrachten sein. Für eine erste Würdigung erscheint wichtig, daß sowohl beim Friedenssicherungs-, als auch beim Energiebeschluß die Spannung zwischen Idee und Realität, zwischen Ziel und Weg ausgehalten und ausgetragen worden ist. Die Mehrheiten folgten dabei Helmut Schmidt, weil er in beiden Fällen die in der Partei unstreitigen Ziele mit gangbaren und vermittelbaren Wegen verknüpfte und weil sie seinem moralisch-politischen Engagement ebenso vertrauten wie seiner Sachkompetenz. Die Minderheiten haben im Laufe der Beratungen auf den Inhalt beider Beschlüsse fühlbar eingewirkt. Und sie haben deutlich gemacht, daß sie die Beschlüsse auch in

Peter Conradi MdB zum Proll-Prozeß: Verfassungsschutz im rechtsstaatlichen Zwielicht.  
Seite 5

Anke Martiny MdB zum bayerischen Protest gegen die EG-Milchhygiene-Vorschläge: Das Eigentor von Kaiser Franz Joseph.  
Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 812-1



den Punkten solidarisch tragen werden, in denen sie unterlegen sind. Wer eine Zerreißprobe erwartet, wurde enttäuscht. Was wirklich stattfand, war ein offener Dialog über Probleme, die viele Menschen in unserem Volk bewegen und der Parteitag stellvertretend für die Nation austrug, weil andere große politische Gruppierungen dazu nicht willens oder nicht fähig sind.

Bemerkenswert war auch die Art und Weise, in der das geschah. Wer sich noch an die Phasen bitterer Auseinandersetzungen erinnert, die mitunter Züge von Feindseligkeit annahmen, der war beeindruckt von dem gegenseitigen Respekt und dem Bemühen, anderen auch bei gegensätzlichen Meinungen zuzuhören und sie zu verstehen. Hier kann eine neue Solidarität wachsen, ein Stück politischer Kultur auch, um das uns andere beneiden werden.

Die Wahlen brachten überzeugende Vertrauensbeweise für Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner, sie brachten klare Voten für Hans-Jürgen Wischniewski und Egon Bahr und sie brachten den Durchbruch der Frauen. Sie zeigten aber auch, daß die Richtungen in der Partei vielfältiger und die Übergänge zwischen den Richtungen fließender geworden sind. Leistungen wurden in vielen Fällen auch über Richtungsgrenzen hinweg honoriert. Auch hier sind die Sozialdemokraten übrigens ehrlicher als andere, die monolithische Geschlossenheit vortäuschen.

Für den politischen Gegner war der Parteitag sicher kein Anlaß zur Freude. Für Strauß war jeder Beschluß eine neue Hiobsbotschaft. Für seine Katastrophenkampagne stimmte nichts von dem, was in Berlin geschah. Übrigens spielte er auf dem Parteitag keineswegs eine zentrale Rolle, er war eher eine Randfigur. Und nachdenkliche Bürgerinnen und Bürger, die einmal der Opposition ihre Stimme gegeben haben, werden sich ihre eigenen Gedanken machen, wenn sie die Zählappelle und Befehlsausgaben der CSU-Parteitage einmal mit dem Ernst und der Gründlichkeit vergleichen, mit denen die Sozialdemokraten auf ihren Kongressen ihre Meinung bilden.

Auch mancher, der zu den grünen Gruppen tendiert, wird sich seine Absichten nach Berlin noch einmal überlegen. Denn wenn es eine Partei gibt, in der die Fragen nach dem Schutz der Umwelt, nach den Grenzen des Machbaren, nach der wirklichen Qualität des Lebens ernst genommen werden und die sich bemüht, Antworten auf diese Fragen schrittweise in praktische Politik umzusetzen, dann ist das die SPD des Berliner Parteitages. Die Aufmerksamkeit, mit der dort auf Erhard Eppler auch jene gehört haben, die seinen Folgerungen nicht in allen Punkten zustimmen, ist dafür ein nicht zu übersehendes Anzeichen.

In einer Welt, in der die Gefahren eher zunehmen, suchten die Menschen nach Orientierung und Ermutigung. Berlin hat beides geboten. Und das ist eigentlich das Beste, was sich über einen Parteitag sagen läßt.

(-/10.12.1979/hl/ca)



Mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit

-----

Jockel Fuchs vollendet am 11. Dezember sein 60. Lebensjahr

Von Willy Brandt MdB/MdEP

Vorsitzender der SPD

Er will es immer ganz genau wissen. Und darum würde Jockel Fuchs nach Krieg und Gefangenschaft erst einmal Journalist. Das allein aber tat seinem Betätigungsdrang, dem Wunsch - wie er es einmal ausdrückte -, für seine Mitmenschen etwa Greifbares auf die Beine zu stellen, nicht Geringe.

Der Arbeitersohn aus dem pfälzischen Weinsport fargensheim bei Weinsbach, der am kommenden Dienstag seinen 60. Geburtstag feiert, war unter dem Eindruck seiner Kriegserlebnisse und der Reden des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher zur Sozialdemokratie gestoßen. Seitdem hat er der SPD in vielen Ämtern gedient: Als Chefredakteur der damaligen Parteizeitung "Die Freiheit", als parlamentarischer Geschäftsführer, dann als Fraktionsvorsitzender im Landtag von Rheinland-Pfalz, als langjähriger Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses und zehn Jahre lang als Mitglied des Vorstandes der SPD. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Höhepunkt seines Wirkens wurde 1965 die Wahl zum Oberbürgermeister der traditionsreichen Stadt Mainz. Er widmete sich mit ganzem Elan der schwierigen Aufgabe, eine städtebauliche Konzeption und vorausschauende Wirtschaftsplanung für die Landeshauptstadt zu entwickeln. Inzwischen erfreut sich Mainz durch Sanierung, Fußgängerzone und eine vorsichtige, aber zielbewußte Industrieansiedlung neuer Attraktivität. Dabei verlor der Oberbürgermeister nie seine Vorstellung von einer bürgernahen Kommunalpolitik aus dem Auge. So ließ er in allen Stadtteilen die ersten Bürgerberatungsstätten in der Bundesrepublik eröffnen.

Lohn der Mühen um sein geliebtes Mainz: 1976 wurde Jockel Fuchs für weitere zehn Jahre in seinem Amt bestätigt und daneben zum Vorsitzenden des ZDF-Fernsehrates gewählt. Auch auf diesem Gebiet hat er dank seiner ausgleichenden Art Wertschätzung und Ansehen über die Grenzen seiner Stadt und seiner Partei hinaus gewonnen.

Nicht vergessen darf ich die europäischen und internationalen Aufgaben, die der Mainzer Oberbürgermeister auf sich genommen hat. Dies geht über die noch so wichtige Verbindung zwischen Städten weit hinaus; hier handelt es sich um einen gewichtigen Beitrag zum guten Ansehen unserer Bundesrepublik.

Jockel Fuchs ist ein Mann, der mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit steht, schwierige Aufgaben kraftvoll, nüchtern und umsichtig anzugehen weiß. Und der sich bei aller Anspannung seine natürliche und - wie sich seine Freunde dankbar erinnern - oft sogar ansteckende Fröhlichkeit bewahrt hat.

Ich wünsche Jockel Fuchs auch im Namen seiner, unserer Partei weiterhin Gesundheit, Schaffenskraft und Freude am Amt des Oberbürgermeisters, das ihm ein hohes Maß an Popularität eingetragen hat, die weit über die Region Rheinhessen und das Land Rheinland-Pfalz hinausreicht. Ihn selbst möchte ich ermuntern, über den harten Verpflichtungen seiner Ämter die Pflege guter Mainzer Tradition nicht zu kurz kommen und seine Freunde weiterhin daran teilnehmen zu lassen. (-/10.12.1979/ks/ca)

+ + +



## Sieben auf einen Streich

## Große Aufgaben für die Frauen im SPD-Vorstand

Von Dr. Helga Timm MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Eine Chance für die SPD - eine Chance für die Frauen, so kann man das Resultat der Vorstandswahlen beim Parteitag in Berlin auf einen Nenner bringen. Und darauf kommt es jetzt an: Auf einen Nenner bringen. Denn die Aufgaben, die diesem neugewählten Vorstand vom Parteitag in den nächsten Monaten zu meistern gestellt sind, sind groß und schwierig. Und sie erfordern in höchstem Maße die verantwortliche geballte Mitarbeit der Frauen. Denn sowohl das ganze Paket von Anträgen zur Sozialpolitik und zur Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung, als auch die zur Familienpolitik konnten vom Parteitag aus Zeitmangel nicht mehr diskutiert werden. Sie müssen nunmehr in wenigen Monaten vom Vorstand behandelt und so klar in Leitträgen formuliert werden, daß sie in den Gliederungen der Partei diskutiert und endgültig beim Wahlparteitag im Juni verabschiedet werden können.

Die AsF, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der SPD, hat mit ihrem Vorstoß, mehr Frauen in das Entscheidungsgremium der Partei zu bringen, unerwarteten Erfolg gehabt. Sieben statt der sechs zunächst geforderten Frauen haben sich durchgesetzt. Es ist etwas in Gang gekommen. Und natürlich ist es auch nicht ohne schmerzhaftes Blessuren abgegangen. Nur sind es dieses Mal nicht die Frauen gewesen, die - wie bei all den vorhergegangenen Parteitagen - im zweiten Wahlgang auf der Strecke blieben. Und die Betroffenen wie auch mancher Delegierte mögen im ersten Moment zornig sein - auf mancherlei und vor allem auf die Frauen. Diese zunächst verständliche Reaktion - verständlich insofern, als tatsächlich etwas Neues passiert ist - wird hoffentlich und sicherlich nicht lange nachwirken. Denn es wird sich zeigen, daß es für die ganze SPD die große Chance ist, ihre gesellschaftspolitischen Interessen, welche die Partei und die Frauen gemeinsam verfolgen, besser und überzeugender für die Wähler und Wählerinnen zu vertreten.

Denn, um es nochmals zu betonen, die beiden großen Themenkomplexe "Sozialpolitisches Programm", einschließlich der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Hinterbliebenenversorgung, wie auch "Familienpolitik", können nur in gemeinsamer Anstrengung so diskutiert und behandelt werden, daß sie dem Anspruch der Sozialdemokraten genügen, der mit "Sicherheit für die achtziger Jahre" gemeint ist. Kinder, Männer und Frauen - alle sind es, für die wir die Familie als die Gemeinschaft entwickeln und festigen wollen, in der sie sich partnerschaftlich entfalten und wohlfühlen können. Dafür sind zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen erforderlich, sowohl in der Arbeitswelt als auch für die Alterssicherung. Denn Arbeitsleben, Vorsorge für das Alter, Freizeit und vor allem auch das Wohnen wirken unmittelbar hinein in das Familienleben. Ob Kinder in Zukunft auch ihre Väter mehr erleben dürfen, ob Frauen und Mütter in Zukunft, wenn sie erwerbstätig sind, nicht mehr unter der Doppelbelastung leiden; ob Mütter, wenn sie nicht außerhäuslich tätig sind, nicht unter Isolation und allzu begrenzten Entfaltungsmöglichkeiten leiden - kurz, ob sich Kinder in Zukunft in noch mehr Familien beider Eltern erfreuen können, weil beide Eltern mit sich zufrieden sind, das sind die großen gesellschaftspolitischen Fragen die nur gemeinsam geleistet werden können.

Hier liegt die große Chance der Frauen. Denn sie haben sich aus naheliegenden Gründen vornehmlich dieser Themen angenommen und sehr viel vorgearbeitet. Und die Partei als Ganzes hat bisher dazu geneigt, diese Themen den Frauen zu überlassen. Sie beginnt aber jetzt zu spüren, daß diese Art von "Arbeitsteilung" politisch unfruchtbar ist. Den sieben Frauen im Vorstand muß es in engster Zusammenarbeit mit der AsF nunmehr gelingen, - besonders mit Hilfe der beiden großen Fachkonferenzen im Februar und März 1980 - für Männer und Frauen in Partei und Gesellschaft ihre ureigensten Belange in realisierbare Programme umzusetzen, in sozialdemokratische Programme für die partnerschaftliche Familie in der demokratischen Gesellschaft.

(-/10.12.1979/ks/ca) *Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier*



### Üble Praxis beenden !

-----

#### Verfassungsschutz im rechtsstaatlichen Zwielficht

Von Peter Conradi MdB

Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Nun hat der Bundesinnenminister bestätigt, was nach Presseberichten zu befürchten war (Fragestunde 28./29. November 1979 schriftliche Fragen B 32, 33): Seit sechs Jahren sind die Leitung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und das Bundesinnenministerium darüber informiert, daß beim Verfassungsschutz seit Februar 1971 ein Bericht zweier Verfassungsschutzbeamter vorliegt, die Augenzeugen der Personenkontrolle Astrid Proll am 10. Februar 1971 waren. Beide Beamten haben von einem Schußwechsel nichts gesehen und nichts gehört. Ihr Bericht hätte Frau Proll vom Tatverdacht des Mordversuches entlasten können. Frau Proll war wegen dieses Tatverdachts drei Jahre in Untersuchungshaft im "toten Trakt" des Gefängnisses Köln-Ossendorf. Sie ist nach ihrer Entlassung aus der Untersuchungshaft untergetaucht und nach England geflohen. Von dort ist sie auf ein mit dem Verdacht des Mordversuches begründetes Auslieferungsbegehren der Bundesrepublik ausgeliefert worden.

Der Bundesinnenminister verliert kein Wort zu der Frage, warum Verfassungsschutz und Bundesinnenministerium eine für den Tatverdacht Mordversuch entscheidende Zeugenaussage den Strafverfolgungsbehörden sechs Jahre lang vorenthalten haben. Immerhin ist Frau Proll drei Jahre in Isolierhaft gesessen. Und was sollen die englischen Behörden und Richter zukünftig von deutschen Auslieferungersuchen halten, wenn sie nun erfahren, daß es Zeugenaussagen gibt, die gegen den Tatvorwurf Mordversuch sprechen, aufgrund dessen Frau Proll ausgeliefert wurde?

Der Verfassungsschutz hat ein weiteres Mal dem rechtsstaatlichen Ansehen der Bundesrepublik Deutschland schwer geschadet. Das Bundesinnenministerium hat fahrlässigerweise dazu beigetragen, den Strafverfolgungsbehörden zur Aufklärung des Tatvorwurfes notwendige Unterlagen vorzuenthalten. Es ist unerträglich, daß Verfassungsschutz und Innenministerium Strafverfolgung und Gerichtsverfahren dadurch manipulieren, daß Unterlagen zurückgehalten und Aussagegenehmigungen verweigert werden. Zum Glück will der jetzige Bundesinnenminister mit dieser üblen Praxis seiner Verfassungsschützer Schluß machen. Sein Berliner Kollege, der Innensenator Peter Ulrich, sollte ein Gleiches tun und unverzüglich die notwendigen Aussagegenehmigungen erteilen. Der Verfassungsschutz kommt aus dem Zwielficht, in das er sich durch seine Praktiken selbst gebracht hat, nur heraus, wenn alle Unterlagen und Zeugen vor das Gericht kommen. (-/10.12.1979/v0-hc/ca)



Das Eigentor von Kaiser Franz Joseph

---

EG-Milchhygiene-Vorschriften passen Strauß nicht - und  
gelten im Kern in Bayern schon seit 1931

Von Dr. Anke Martiny MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat der EG-Kommission den Marsch geblasen. In einem Schreiben an den Vizepräsidenten Haferkamp äußert er seine "ernste Sorge über die von der EG ausgehende Flut von Verordnungen und Richtlinien und über den darin immer deutlicher zum Vorschein tretenden Hang zu perfektionistischen, bürokratischen und zentralistischen Regelungen". Im Interesse der nationalen Identität der Mitgliedstaaten müsse die jetzige Phase kleinlicher EG-Reglementierungen möglichst schnell überwunden werden durch "Beschränkung auf die Schaffung von europäischen Rahmenbedingungen".

Recht hat er, der Mann aus Bayern. Eine Bürokratie, die sich daranmacht, die Zahl der Erbsen in der Schote zu reglementieren, gibt zur Besorgnis Anlaß, und Strauß kann bis hierher allgemeinen Beifalls sicher sein.

Wie passen nun aber die von ihm als "besonders hervorstechende Beispiele überzogener Regelungen" herausgegriffenen Vorschläge der Kommission für Milchhygienerichtlinien zu seinen Ausführungen? Auch Strauß verkennt nicht, daß gegen eine Harmonisierung der Hygiene-Vorschriften wegen des grenzüberschreitenden Handels mit Milch und Milchprodukten grundsätzlich nichts eingewendet werden kann. Was ihn stört, sind "Regelungen bis in die kleinste Einzelheit" - wie die Gesundheitsanforderungen an die Milchkühe - sind aber auch "Selbstverständlichkeiten" - wie etwa Anforderungen an die Beschaffenheit der Ställe oder an den Vorgang des Melkens.

Strauß findet auch regelmäßige Stallkontrollen und Untersuchungen, welche die Einhaltung der Vorschriften sicherstellen sollen, ziemlich übertrieben.

Aus all diesen Punkten spricht, daß der bayerische Ministerpräsident nicht weiß, daß die von ihm als "perfektionistisch" abgetanen Hygieneanforderungen bereits seit vielen Jahren in den deutschen milchhygienischen Vorschriften - und da sind die bayerischen selbstverständlich eingeschlossen - enthalten sind. Schon seit 1931, zu einer Zeit, in



der das Wort vom Perfektionismus des Gesetzgebers noch nicht in aller Munde war, in der noch "solides" Recht gesetzt wurde, reglementierte man in der heute noch gültigen Ersten Ausführungsverordnung zum Milchgesetz in detaillierter Weise den Gesundheitszustand des Milchviehs, die Beschaffenheit der Ställe, des Milchgeschirrs und so weiter... Nach Paragraph 17 der 1. AVÖ beispielsweise muß der deutsche Milcherzeuger beim Melken folgendes beachten:

1. Vor dem Melken sind das Euter und seine Umgebung sorgfältig zu reinigen;
2. Die Melkpersonen haben beim Melken saubere, waschbare Oberkleidung zu tragen. Sie haben sich vor dem Melken Hände und Unterarme mit Wasser und Seife zu reinigen und dies nach Bedarf zu wiederholen;
3. Die ersten Striche aus jeder Zitze dürfen nicht in das Melkgefäß gemolken werden;
4. Die Melkpersonen haben sich bei Beginn des Melkens durch Prüfen des Aussehens von der einwandfreien Beschaffenheit der Milch zu überzeugen;
5. Kühe, die keine einwandfreie Milch geben, sind gesondert und nach den anderen zu melken;
6. Die Milch ist unmittelbar nach dem Melken aus dem Stalle zu entfernen und zweckdienlich zu seihen, zu lüften und zu kühlen; die obersten Landesbehörden können abweichende Bestimmungen treffen.

Vergleichbar detaillierte Bestimmungen finden sich in Ländervorschriften aus jüngster Zeit.

Ist das nun wirklich eine perfektionistische Regelung von Selbstverständlichkeiten oder eine im Interesse des Verbraucherschutzes notwendige Vorschrift für die Gewinnung hygienisch einwandfreier Milch? Wie auch immer, der deutsche Milcherzeuger muß sich jedenfalls seit Jahrzehnten daran halten.

Wenn nun die EG-Richtlinien keine den deutschen Vorschriften entsprechenden detaillierten Regelungen enthalten, sondern sich nur auf "Grundsätze und Rahmenregelungen" beschränken würden, dann könnte das ein berechtigtes Lamento des deutschen Bauern zur Folge haben, von dem einiges an hygienischem Aufwand gefordert wird, während sein EG-Kollege vor dem Melken vielleicht nur mal kräftig in die Hände spuckt. Der Vorwurf einer Wettbewerbsverzerrung wäre kaum von der Hand zu weisen.

Es kann also aus der Sicht der deutschen Milcherzeuger wie natürlich auch der deutschen Verbraucher nur erwünscht sein, daß die bei uns seit Jahren geltenden, ins Einzelne gehenden Milchhygiene-Vorschriften auf den EG-Bereich übertragen werden. Sonst bliebe nur die Konsequenz, die deutschen Vorschriften im Sinne europäischer Einheitlichkeit von allen "perfektionistischen" Hygieneregelungen zu entlasten. Ein Bärendienst am Verbraucher!

Recht besehen erscheint der Vorstoß von Franz Josef Strauß, jedenfalls soweit er gegen die Milchhygiene-Vorschläge der Kommission gerichtet ist, als ein Schuß ins Tor der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Verbrauchers.

Ein Eigentor - oder sieht der Bauernverband das anders? (-/10.12.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

